

Krieg dem Kriege. — Hilfe den Kämpfern im Ruhrgebiet.

Der „friedliche Einmarsch“ des französischen Imperialismus und seiner Trabanten mit Maschinengewehren, Panzerautos und Kanonen demonstriert besser als Worte, um was es jetzt im Ruhrgebiet geht. Nicht Sanktionen und Reparationen sind der Angelpunkt dieser Aktion, sondern jetzt wird gestritten und den Besitz der Machtmittel, die zumindest die Tante Europa beherrschen. Wer die Erze des Saargebietes besitzt, über das Becken von Briey und Longwy verfügt und die Kohlen der Ruhr in seinen Händen hat, beherrscht ganz unbestritten das testländische West- und Mitteleuropa und hat genügend Trümpe in der Hand, sich mit Gewißheit am Spiel um weltpolitische und weltwirtschaftliche Macht beteiligen zu können.

Das ist der Angelpunkt des Machtkampfes, der jetzt an der Ruhr ausgefochten wird. Es geht also nicht darum, sich sein vertragliches Recht zu sichern. Die „Verfehlungen“ Deutschlands, die tatsächlich nur einige Goldmillionen Mark Werte in Holz und Kohlen betragen, rechtfertigen den Einbruch in das wehrlose Deutschland nicht, auch wenn sie noch so oft schlechter französischer Diplomatie die Begründung liefern müssen.

Aber welche Gründe auch immer zur Rechtfertigung des Einmarsches des französischen und belgischen Militarismus unter dem Schutze eines internationalen Zuges von Ingenieuren ins Ruhrgebiet vorgetragen werden, wesentlich ist, daß mit der Abschneidung des Herzens Deutschlands nicht nur die gesamte Wirtschaft Deutschlands auf die tiefste berührt, sondern auch seine politische Einheit in Frage gestellt wird. Dadurch überschneiden sich, wie so oft, reine Wirtschaftsfragen mit politischen Fragen und führen durch ihre Verquickelung zum Nationalismus. Ist auch heute noch die Nation nichtswürdig, die nicht alles setzt an ihre Ehre, so hat doch die proletarische Ideologie auch hier Grenzen gezogen, die geboren wurden aus dem Gegensatz von Kapital und Arbeit und auch darin ihre Begründung finden. Aber gerade die Arbeiterklasse, die in ehrlieher Freundschaft aus Klasseninteresse und Klassen-solidarität über die staatlichen Grenzen hinweg die Hände zur Verständigung reicht und ein friedliches Nebeneinanderarbeiten der Völker erstrebt, ist deshalb verpflichtet, aller gewaltsamen Lösung von Konflikten den größten Widerstand entgegenzusetzen.

In der Abweisung des unersättlichen, kriegerischen Imperialismus, der das Selbstbestimmungsrecht der Völker zertrübt und das Koalitionsrecht der Arbeiter vernichten will, sind die Gründe der Abwehr, in der die Ruhrarbeiter im Vordergrund stehen, zu finden. Diese Abwehr hat nichts mit Nationalismus zu tun. Genau so, wie die deutschen Arbeiter den Annexionen unserer „Patrioten“ während des Krieges entgegengetreten, wehren sie heute die Annexionsgelüste des französischen Schwerkapitals ab. Führt diese Abwehr auch das deutsche Kapital an ihre Seite, weiß in diesem Falle die Interessen ein ganzes Stück des Weges gleichlaufen, so vergessen sie doch keine Minute, daß hinter der erfolgreichen Abwehr des Einfalles des französischen Imperialismus der alte Kampf zwischen Kapital und Arbeit in alter Schärfe steht. Weil auch dieser Kampf ausgetragen werden muß, die Besetzung des Ruhrgebietes und seine Folgen dem deutschen Proletariat aber die Führung dieses Kampfes erschwert und den Weg zur Vergesellschaftung des wichtigen Rohproduktes, der Kohle, total verbaut, muß die Abwehr des Überfalles mit allen Mitteln erfolgen. Wir betonen noch einmal, weil die Divergenz zwischen Kapital und Arbeit durch den jetzt gemeinsam geführten Kampf als überwunden erscheint, daß der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit auch weiterhin besteht und deshalb die Arbeiterschaft alle Veranlassung hat, auch in dieser Zeit sich vor allen Arten von Nationalismus zu hüten.

Kann die Arbeiterschaft gar nicht eindringlich genug vor der nationalistischen Psychose gewarnt werden, so kann auch ihr Widerstand gegen die imperialistische Gewaltpolitik mit ihrem Ziel der Vernichtung der deutschen Wirtschaft gar nicht genug gestärkt werden. Es kann deshalb nur volle Billigung aller klassenbewußten Proletarier finden, wenn die Gewerkschaften der verschiedenen Richtungen am 22. Januar folgendes an die im Ruhrgebiet im Kampfe befindlichen Klassen-genossen ergeben lieben

„Die unterzeichneten Vorstände der Gewerkschaften Deutschlands erklären ihr volles Einverständnis mit den Abwehrmaßnahmen der bedrängten Arbeiter, Angestellten und Beamten in den besetzten Gebieten.

Wir billigen ausdrücklich auch die von den Bergarbeiterverbänden aufgestellten Forderungen, insbesondere nach sofortiger Freigabe der Bergwerke und Zurückziehung der französischen belgischen Soldaten von den Arbeitsstätten und nach Freigabe der völkerrechtswidrig verhafteten Werkleitungen und Beamten.

Wir fordern die gesamte Arbeitnehmerschaft auf, an diesen Forderungen festzuhalten und nicht nachzulassen in ihrem Widerstand gegen jeden störenden Eingriff der feindlichen Militärmassen in das deutsche Wirtschaftsgebiet.

Im Namen aller Arbeiter, Angestellten und Beamten im ganzen Reich und — so glauben wir — mit Zustimmung des ganzen deutschen Volkes sichern wir den deutschen Brüdern im Ruhrgebiet in ihrem gefährlichen Kampfe nachhaltigste Unterstützung zu.“

Mit der moralischen Unterstützung unserer kämpfenden Brüder im Ruhrgebiet allein ist es aber nicht getan! Solche Abwehrkämpfe mit Hilfe der wirtschaftlichen Macht und Kraft gleichen dem militärischen Stellungskampfe, der auf die Ermattung des Gegners abzielt. So schwer dieser Wirtschaftskampf gegen Maschinengewehre, Panzerautos und Kanonen auch das Wirtschaftsleben Deutschlands, und damit in erster Linie das Proletariat treffen wird, so muß diesen Kampf doch in erster Linie die Arbeiterschaft des neu-besetzten Gebietes führen. Welche taktischen Momente dabei zu beachten sind, wird die jeweilige Situation ergeben. Voraussetzung erfolgversprechender Abwehr des Einfalles in das Ruhrgebiet jedoch ist, daß neben die moralische Unterstützung der Kämpfenden die finanzielle zur Erhaltung der Kampfkraft tritt.

Aus Zeitungsmeldungen dürfte bekannt sein, daß die Notwendigkeit der finanziellen Unterstützung der Ruhrkämpfer allenthalben anerkannt wird. Sammlungen der verschiedensten Art berichten schon über namhafte Beträge. Doch die finanzielle Stützung solchen Kampfes erfordert mehr als gelegentliche Sammlungen. Das spricht auch nachfolgender, am 24. Januar von der Reichsregierung und den deutschen Ländern erlassener Aufruf an die deutschen Volksgenossen aus:

„Im Frieden, entgegen geschlossenen Verträgen, hat der französische Imperialismus das Ruhrgebiet, freies deutsches Land, mit militärischer Macht vergewaltigt. Im Rheinland hat er die Schranken durchbrochen, die die Verträge der Besatzungsmacht auferlegen. Darüber hinaus bedroht er das ganze deutsche Land mit wirtschaftlicher Not und Teuerung. Frieden und Recht sind gebrochen. Gewalt und Unrecht sind unserem Volk angetan, das unter schwerster Last seiner Arbeit nachgehen wollte.

In zäher Abwehr steht die Bevölkerung der vergewaltigten Gebiete wie ein Mann. Gedeih und Verderb ihrer Wirtschaft, Leben und Freiheit setzen Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Beamte im Kampfe für das Recht ein.

Neue schwere Not entsteht, schwerer wohl, als wir sie jemals trugen! Not im vergewaltigten Gebiete, Not im allbesetzten Land am Rhein. Not in ganz Deutschland!

Der Staat wird helfen, wo er kann. Aber zur Staatshilfe muß eine andere Hilfe kommen, freier, beweglicher, die

Hilfe des Volkes am Volke! Schon haben sich Herzen und Hände aufgeschlossen, um Leid und Last zu lindern, den Widerstand für deutsches Recht zu stählen und der Welt die Kraft Deutschlands und den Glauben an sein Recht kund zu tun.

Was Deutschland erneut auferlegt wird, verlangt ein großes gemeinsames Volksoffer! Große wirtschaftliche Verbände gehen daran, den Hilfs-gedanken in ihren Kreisen zur Tat werden zu lassen. Niemand wird zurückstehen dürfen, kein Land, kein Alter, kein Stand, kein Geschlecht.

Wir wenden uns darum an alle Volksgenossen mit dem Aufruf:

Empfindet die kommende Not als gemeinsame deutsche Not! Wehret sie ab, lindert sie! Entsaugt Luxus und Uppigkeit, um dem Nächsten zu helfen! Gebt aus Überfluß wie aus bescheidenen Verhältnissen, was geleistet werden kann! Es geht um Deutschlands Dasein und Zukunft, um Recht und Freiheit des Volkes. Gebt deshalb zum

Deutschen Volksoffer! Die aufgebrachten Mittel werden von einem Vertrauensausschuß verwaltet und verwendet, der unter dem Vorsitz des Reichskanzlers zusammentritt.“

Die klassenbewußte, gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft würde ihrer guten, alten Tradition der offenen Hand untreu werden und einen Grundpfeiler der proletarischen Ethik stürzen, würde sie ihren kämpfenden Brüdern im Ruhrgebiet tatgewordene Solidarität verweigern. So schwer auch die Auswirkungen der Ruhrbesetzung durch den französischen Imperialismus sich auf die Schultern der Arbeiterschaft legen mögen: Die Arbeiterschaft des Ruhrgebietes steht in ständigem Kampf! Ihnen alle Mittel zu Kampfführung zu liefern, ist unsere Pflicht! Deshalb auch die Unterzeichnung nachstehenden Aufrufes durch die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, den Allgemeinen freien Angestelltenbund und den Allgemeinen Deutschen Beamtenbund:

„Mitten im Frieden haben französische und belgische Truppen deutsches Land besetzt unter Vorwänden, die niemand in der Welt über die wahre Absicht täuschen. Mitten im Frieden haben sie Belagerungs- und Kriegsrecht über deutsches Gebiet verhängt. Sie haben Beamte, weil sie geschworene Pflicht treu dem Staate hielten, ihres Amtes entsetzt und verhaftet und

aus der Heimat verwiesen, Unternehmer, die sich unrechtmäßiger Gewalt nicht beugen wollten, ins Gefängnis geworfen und vor ein französisches Kriegsgericht gestellt, direkte Eingriffe in das Privatleben vorgenommen, den Willen der freien Arbeiterschaft in den Dienst des französischen Imperialismus zu zwingen versucht.

Alle diese Versuche sind gescheitert am geraden und festen Willen aller Schichten der Bevölkerung, die in Treue zu Reich und Volk halten.

Alle Deutschen sind mit der Reichsregierung in dem Entschluß einig, weiter für Frieden und Freiheit mit den Waffen des Rechts zu streiten.

In diesem Kampf muß unsere Sache siegen. Aber bis sich das Recht durchsetzt, werden von unserem schwergeprüften Volk noch weitere Opfer gefordert. Schwere Not kann hierbei entstehen, sowohl an der Ruhr und im allbesetzten Gebiet, wie auch darüber hinaus im ganzen Reiche.

Wir wenden uns an die deutsche Wirtschaft mit dem Aufruf, diese Not als eine gemeinsame aufzunehmen, abzuwehren und zu überwinden, mit dem Aufruf, zu ihrer Linderung die Herzen und die Hände zu öffnen, mit dem Aufruf, auch aus kargem Unterhalt zu geben, was möglich ist. Wer viel hat, schuldet viel. Aber es gibt keinen, der nicht auch an seinem Teil Schuldner ist.

Wirtschaftliche Not wollen wir lindern und durch solche Tat unser Volk in sich stark machen, dem Ausland aber zeigen, daß das deutsche Volk für Recht und Freiheit mit allen Kräften sich einzusetzen bereit ist.

Wir fordern daher Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf, sofort für diese Zwecke Geldmittel zur Verfügung zu stellen.

Zahlungen nehmen entgegen die Reichsbank und ihre Nebenstellen, sämtliche Banken und Bankiers, Sparkassen und Genossenschaften unter der Bezeichnung

„Ruhrhilfe“

(Abwehr des Einfalles ins Ruhrgebiet)

Von den Arbeitgebern wird erwartet, daß sie vorangehend Opfer bringen in Höhe der vierfachen von ihren Angestellten und Arbeitern bereitgestellten Beträge. Unternehmer, die eine im Verhältnis zu ihrer wirtschaftlichen Bedeutung geringe Zahl von Arbeitern und Angestellten beschäftigen werden gebeten, ihren Beitrag entsprechend zu erhöhen. Arbeiter, Angestellte und Beamte wollen ihrerseits zunächst den Verdienst einer Arbeitsstunde opfern.

Um die Mittel schnell und reibungslos bereitzustellen, wird empfohlen, entsprechenden Abzügen bei Lohn- und Gehaltszahlungen zuzustimmen. Die Vereinbarungen sind zweckmäßig unter Mitwirkung der wirtschaftlichen Vertretungen der Arbeitnehmer zu treffen.

Die Arbeitgeber werden den Ertrag des gemeinschaftlichen Opfers den obengenannten Annahmestellen überweisen.

Die Verwaltung und Verwendung der Mittel liegt in den Händen eines Verwaltungsausschusses, der von den unterzeichneten Verbänden paritätisch zusammengesetzt worden ist.

Über die Annahme von Spenden, von Lebensmitteln ergehen durch die landwirtschaftlichen Organisationen besondere Aufträge.“

Dieser umfassenden Unterstützungsaktion der Kämpfer im Ruhrgebiet, müssen entsprechende Maßnahmen der Reichsregierung folgen, damit nicht zu den Kriegs- und Revolutionsgewinnern noch Besetzungsgewinner hinzukommen. Hat nachfolgender, von allen wirtschaftlichen Korporationen unterzeichneter Aufruf keinen Erfolg, dann muß durchgegriffen werden. Der Aufruf sagt:

„Die Folgen des Rechtsbruchs an der Ruhr haben sich in einer weiteren starken Entwertung des Geldes ausgedrückt. Diese Entwertung entspricht nicht der tatsächlichen Wirtschaftslage Deutschlands. Infolgedessen besteht kein Anlaß, der Entwicklung des Dollarkurses in der Preisentwicklung in Landwirtschaft, Handel und Gewerbe überhastet nach- oder gar vorzuziehen. Diese Zurückhaltung verlangen wir von allen beteiligten Kreisen mit größtem Nachdruck. Anzustreben ist vielmehr, die Preisentwicklung trotz der ungünstigen Gestaltung der Währungskurse mit allen Mitteln auch unter Opfern in erträglichen Grenzen zu halten. Insoweit den Preissteigerungen eine entsprechende Festsetzung der Löhne und Gehälter folgen muß, sollen die Verhandlungen darüber von der Arbeiterschaft mit dem Willen zum Entgegenkommen bis zur äußersten Grenze des Möglichen, von den Arbeitnehmern in Anerkennung der Schwierigkeiten geführt werden, die sich aus der Gesamtlage Deutschlands auch für dessen Wirtschaft ergeben haben oder noch ergeben werden. Von beiden Seiten wird verlangt, daß mit Rücksicht auf die Gesamtlage alle Verhandlungen vom Geiste der Verantwortung und vom vorbehaltlosen Willen zur schnellen Verständigung getragen werden.“

Der Kampf ist aufgenommen. Nun gilt es, ihn zu einem guten Ende zu führen. Jeder tue seine Pflicht!

Rundschau.

Schon wieder eine Warnung! Als ein „netter“ Kollege hat sich der Steindruckere **Alexander Wiemer**, geboren am 2. September 1895 in Hamburg, entpuppt. Seit 20. März 1921 Mitglied unseres Verbandes, hat Wiemer schon wiederholt Anfragen ausgelöst. Das ist schon kein gutes Zeichen. Aber jetzt hat er sich ein Stückchen in Hannover geleistet, das zwingt, jede Gemeinschaft mit W. zu lösen. Wie von der Mitgliedschaft Hannover mitgeteilt wird, ist Wiemer am 12. Januar spurlos verschwunden, nachdem er die Firma Edler und Kriche, bei der er eingestellt war, um 13 000 Mark, das „Christliche Hospiz“ um 7500 Mark und einen Schneidermeister um ungefähr 25 000 Mark betrogen hat. Auch eine Anzahl Kollegen sind diesem Gauner zum Opfer gefallen. Da die organisierte Kollegenschaft eine Gemeinschaft mit solchen Leuten ablehnen muß, werden die Mitgliedschaftsverwaltungen ersucht, W. die Organisationspapiere abzunehmen und seinen jetzigen Aufenthalt dem Vorsitzenden der Mitgliedschaft Hannover, Kollegen M. Peter, Hannover, Am Kleinen Felde 22, zu melden.

Auf dem Wege zum japanischen Gewerkschaftsbund. Seit geraumer Zeit sind Bestrebungen im Gange, die verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen zu vereinheitlichen. Der Allgemeine Arbeiterverband hatte am 10. Mai einen Ausschuss zur Förderung dieser Bestrebungen eingesetzt. Derselbe konnte zum 30. September nach Osaka zur Gründung eines einheitlichen Gewerkschaftsbundes eine Konferenz einberufen, an der zum erstmaligen Vertreter aller größeren Gewerkschaften des Landes teilnahmen. Insgesamt waren die Vertreter von fünf Gewerkschaftsbündnissen erschienen, denen 60 Gewerkschaften und Verbände angehören.

Schwierigkeiten entstanden bei der Frage, welche Befugnisse der neue Bund haben sollte. Eine Richtung trat für stärkste Zentralisation ein, während ein anderer Teil für Beibehaltung voller Autonomie der angeschlossenen Verbände war, die nur durch eine lose Föderation miteinander verbunden sein sollten. Der Allgemeine Arbeiterverband, der die erstere Richtung vertrat, fand die Unterstützung auch des Verbandes der Staatsangestellten, doch war der Widerstand der Verbände aus Ost- und Westjapan so stark, daß eine größere Veranstaltung zur Feier der Einigung abgesagt werden mußte und, wie die Presse berichtete, Unruhen entstanden, die zur Verhaftung einer Anzahl bekannter Sozialisten, welche den föderativen Gedanken vertraten, führten.

Die „Gewerkschaftsfreundlichkeit“ der Saarregierung. Genosse Husemann, der Vorsitzende des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, hatte im Dezember vorigen Jahres bei der Regierungskommission im Saargebiet zur Erledigung von Verbandsangelegenheiten um die Aufenthaltsgenehmigung für drei Tage nachgesucht. Diese wurde von der Regierungskommission verweigert. Husemann war zum letztenmal im August 1921 im Saargebiet; später wurde ihm jedesmal die Einreiseerlaubnis versagt. Der Verband der Bergarbeiter hat dort 135 000 Mitglieder. Dies erklärt ohne weiteres die Notwendigkeit, daß dann und wann ein Vorstandsmitglied ins Saargebiet reist, um die notwendigen Gewerkschaftsangelegenheiten an Ort und Stelle zu erledigen und Revisionen vorzunehmen, mit einem Worte, um mit den dortigen Kameraden die nötige Fühlung zu halten.

Da dies eine Angelegenheit von allgemeiner Bedeutung ist und auch anderen Verbänden das selbe widerfahren kann, hat der Vorstand des ADGB eine Beschwerde an den Direktor des Internationalen Arbeitsamts in Genf geschickt. Diesem muß in erster Linie daran liegen, daß einem solchen Unwesen abgeholfen werde, denn nach einer Entscheidung des ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag vom 12. August 1922 gehört zu den Aufgaben der Internationalen Arbeiterorganisation auch der Schutz der gewerkschaftlichen Freiheit der Arbeiter. Zur gewerkschaftlichen Freiheit gehört aber auch der ungehinderte unmittelbare Verkehr der Verbandsleitungen mit den Mitgliedern, Ortsverwaltungen, Bezirksleitungen usw. der Verbände.

Die Verweigerung der Einreise ins Saargebiet ist also eine starke Beeinträchtigung der gewerkschaftlichen Freiheit und somit auch eine Beeinträchtigung der Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamts. Dieses, eine Schöpfung des Völkerbundes, kann sich die Schädigung seiner Tätigkeit durch die Saarregierung, die doch auch eine der „Schöpfungen“ des Völkerbundes ist, unmöglich gefallen lassen.

Preiserhöhungen für Papier. Ab 1. Januar wurden die Preise für halbhälzige und halbfreie Papiere um rund 20 v. H. erhöht. Für einige Sonderpapiere betragen die Erhöhungen etwas weniger. Die Preise für Kunstdruck wurden um 10 v. H. gesteigert; halbhälzige Lösch- und Filtrierpapiere sind ab 1. Januar 15 v. H. teurer.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung. Das Drängen der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften hat dazu geführt, daß in den nächsten Tagen eine weitere Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung stattfinden wird. Rückwirkend vom 15. Januar an soll für Klasse A

die Unterstützung eines Ledigen mit selbständigem Haushalt auf 600 Mark täglich erhöht werden. Demgemäß erfahren auch die Zuschußunterstützungen für die Frauen und Kinder entsprechende Erhöhung. Der Vorstand des ADGB hat bei der diesbezüglichen Besprechung mit den Regierungsstellen keinen Zweifel darüber gelassen, daß diese Erhöhung nicht der eingetretenen Entwertung des Geldes Rechnung trägt und daß weitere Erhöhungen unbedingt notwendig sind. Es soll daher eine weitere Erhöhung bereits mit dem 1. Februar eintreten.

Direktorwechsel in der graphischen Lehr- und Versuchsanstalt, Wien. Hofrat Professor Dr. J. M. Eder tritt von der Direktion der graphischen Lehr- und Versuchsanstalt, welche Anstalt er begründete und erfolgreich zu größtem Ansehen im In- und Auslande emporführte, zurück. Professor Eder ist seit vielen Jahren Mitglied des Professoren-Kollegiums der Technischen Hochschule in Wien. Er wird seine Professur für Photochemie und wissenschaftliche Photographie beibehalten und sich den damit zusammenhängenden wissenschaftlichen Forschungsarbeiten weiterhin widmen. Die Hochschulkurse Professor Eders finden wie bisher im Gebäude der Graphischen Lehr- und Versuchsanstalt, Wien VII, Westbahnstraße 25, statt.

Der Jugendschutz der Welt. Unter diesem Titel ist soeben eine Übersicht über den Stand der Jugendschutzgesetzgebung in den verschiedensten Ländern veröffentlicht worden, die vom Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam zusammengestellt worden ist. Die Broschüre gibt, hauptsächlich in Tabellenform, ein gutes Bild von den gesetzlichen Regelungen betreffend Arbeitszeit, Urlaub, Nacharbeit, Mindestalter für gewerbliche Arbeiter, Lehrlingswesen, Fortbildungsgeschwesen und betreffend die Durchführung all dieser Schutzbestimmungen. Daneben finden wir eine Menge erläuternder Bemerkungen und vor allem die Quellen selbst, aus denen man sich weitere Informationen beschaffen kann. Zieht man weiter in Betracht, daß auch die in Frage kommenden Beschlüsse der internationalen Arbeitskonferenzen die wirtschaftlichen Schutzprogramme der Jugendorganisationen der verschiedensten Richtungen sowie Auszüge vom neuen Jugendwohlfahrtsgesetz zum Abdruck gelangt sind, so ist nicht zuviel gesagt, wenn man diese Schrift als eine reichhaltige Materialquelle bezeichnet. Der Preis beträgt zurzeit 200 Mark. Zu beziehen ist die Schrift durch die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin SO 16, Engelufer 24.

Deutschlands Außenhandel Januar-November 1922. Mengenmäßig entwickelte sich der deutsche Außenhandel in den laufenden Monaten des Jahres 1922 folgendermaßen:

Monat	Einfuhr- Mengen in 100 dz	Ausfuhr- Mengen in 100 dz	Einfuhr- Ausfuhr- Übersch.
Monatsdurchschn. 1913	60 693	55 516	- 5 177
Januar 1922	23 090	20 271	- 2 819
Februar	14 751	14 473	- 2 722
März	26 446	21 526	- 4 920
April	28 889	21 760	- 7 129
Mai	38 090	20 913	- 17 165
Juni	40 292	18 798	- 21 494
Juli	47 982	16 365	- 31 617
August	46 762	14 067	- 32 695
September	48 291	15 871	- 32 420
Oktober	55 516	15 391	- 40 125
November	45 512	15 512	- 30 000
Januar-Nov. 1922	415 510	198 002	- 217 508

Kulturvernichtende Schwarzarbeit.

Unter diesem Titel erläßt der Deutsche Musiker-Verband in einer Denkschrift einen Notschrei über die Not der Musiker. Die Puscharbeit, die im Musikerberuf immer zu Hause war, und sichtbar durch die Militärmusik, die Musikvereine und Musikklubs gekennzeichnet wurde, ist in der Zeit der materiellen Not der breiten Volksmassen im Musikerberuf ins ungeheuerliche gewachsen. Die Denkschrift erbringt trotz Hervorhebung des verwendeten unzulänglichen und unvollkommenen Materials den unwiderleglichen Beweis dafür, daß sich der Deutsche Musiker-Verband außerstande sieht aus eigenem diese Puscharbeit erfolgreich zu bekämpfen, wendet er sich an die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft um tatkräftige Unterstützung mit folgenden Forderungen:

1. Einwirkung auf die Gewerkschaftsmitglieder (durch ADGB und MA-Bund bzw. deren betriebliche und örtliche Organe):
 - a) sich möglichst jeder entgeltlichen nebenberuflichen Musiktätigkeit zu enthalten;
 - b) sich gemäß § 9 der Bundesstatute dem Deutschen Musikerverband, der freigewerkschaftlichen Berufsorganisation der Musiker, anzuschließen und deren Tarife und Beschlüsse zu beachten, sofern durch irgendwelche besonderen Umstände die nebenberufliche entgeltliche Musiktätigkeit nicht zu verhindern ist;
 - c) jeden Gewerkschaftsgenossen, der dem unter Ziffer 1a und b Geforderten zuwider handelt

als einen Gegner der Gewerkschaftsbewegung und als unsolidarisch zu betrachten und demgemäß zu behandeln.

2. Einwirkung auf die Betriebsräte (durch die Betriebsrätezentrale bzw. deren örtlichen Organe), daß
 - a) sie jede Mißachtung des Achtstundentages, verübt durch doppelberufliche Tätigkeit in anderen Betrieben und Berufen, wenn nötig, mit den schärfsten Maßnahmen zu verhindern suchen;
 - b) bei Einstellung von Arbeitskräften im Betriebe sie die Neueintretenden sofort auf die unter Ziffer 1a und b aufgestellten Bedingungen hinweisen.
3. Einwirkung auf die örtlichen gewerkschaftlichen und politischen Organisationen (durch die Ortsausschüsse des ADGB, die Ortskartelle des AIA-Bundes, die örtlichen Betriebsrätezentralen und die Parteileitungen),
 - a) bei ihren eigenen festlichen Veranstaltungen nur im Deutschen Musikerverband organisierte Musiker zu tarifmäßigen Bedingungen zu beschäftigen bzw. mit der örtlichen Vertretung der organisierten Musiker Vereinbarungen über die Musikgestaltung zu treffen;
 - b) entgeltliche Veranstaltungen der Arbeitermusikvereine, Bandonion-, Konzertina-Klubs, Dilettantenmusikvereine usw. nur dann zu unterstützen, wenn diese Vereinigungen nachweisen, daß sie sich mit der örtlichen Vertretung der organisierten Musiker verständigt haben, bzw. daß den organisierten Musikern Schaden durch die betreffende Veranstaltung nicht entsteht;
4. Einwirkung auf die Gesetzgebung (durch den Vorstand des ADGB, den des AIA-Bundes, deren Unterorgane sowie die Parteiinstanzen bzw. Fraktionen in Reichstag, Landtag und kommunalen Körperschaften),
 - a) daß bei Schaffung des Arbeitszeitgesetzes das Verbot, über 8 Stunden täglich zu arbeiten, auch auf nicht verwandte Berufe des betreffenden Arbeitnehmers ausgedehnt, sowie die selbständige Nebenarbeit und die Tätigkeit der Genossenschaften für fremde Rechnung nicht erlaubt wird;
 - b) daß den Beamten und Angestellten des Reiches, der Länder und Kommunen jede entgeltliche Musiktätigkeit (auch in verschleierte Form durch eventuelle Veranstaltung sogenannter Wohltätigkeitsunternehmungen) untersagt, bzw. die Reichs- und die Landesbeamtengesetze insoweit abgeändert werden, als sie derartigen Verboten entgegenstehende Vorschriften enthalten;
 - c) daß mindestens für den Musikerberuf der Melde- und Benutzungszwang bei den amtlichen Arbeitsnachweisen eingeführt wird.

Gemeinwirtschaft in der Krankenversicherung.

Bekanntlich liegt den Krankenkassen nach der Reichsversicherungsordnung die Pflicht ob, die Versorgung ihrer Mitglieder mit Arznei- und Heilmitteln sicherzustellen. Als Lieferanten für die Kassen kommen in erster Linie die Apotheken in Betracht. Soweit es sich um dem freien Verkehr überlassene Heilmittel handelt, können aber auch andere Personen (Drogisten usw.), zur Belieferung der Kassenmitglieder herangezogen werden. Ökonomisch betrachtet ist diese Regelung für die Krankenkassen sehr ungünstig. Der Kleinhandel ist eine Zwischenstation in der Warenverteilung, die unbedingt vertenernd wirkt, ohne deshalb eine durchaus einwandfreie Beschaffenheit der Ware zu gewährleisten. Diese Erkenntnis hat sich auch in Verbraucherkreisen längst Bahn gebrochen und den glänzenden Aufschwung der Konsumgenossenschaften veranlaßt. Bei den Krankenkassen, die als Großabnehmer ein ganz besonderes Interesse an einer vorteilhaften Belieferung mit einwandfreien Arzneien und Heilmitteln haben, müßte die Entwicklung ähnliche Erscheinungen zeitigen.

Zur Verbilligung des Bezuges von Heilmitteln gründete der Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen Dresden vor einigen Jahren die Heilmittelvertriebsgesellschaft, die die Krankenkassen mit Verbandstoffen, kleineren und größeren Heilmitteln, Arzneien, Nähr- und Kräftigungsmitteln zur Abgabe an die Versicherten und an die Ärzte versorgt. Aus kleinen Anfängen hat sich das Unternehmen zu achtunggebietender Größe entwickelt. Genau wie bei dem Konsumverein ließ sich auch bei der Heilmittelvertriebsgesellschaft beobachten, daß lediglich ihr Dasein genügte, übermäßige Preissteigerungen auf dem Heilmittelmarkt zu verhüten.

Die Heilmittelvertriebsgesellschaft übernimmt nicht nur die Lieferung von einzelnen Artikeln, sondern sie stellt auch Apothekenschranke für Fabriken, Verbandskassen für die erste Hilfe bei Unglücksfällen usw. zusammen. Den Betriebsräten ist zu empfehlen, sich bei Bedarf an die Heilmittelvertriebsgesellschaft zu wenden. Sie haben dann die Gewähr, dort zu angemessenen Preisen einwandfreie Ware zu erhalten.

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Erhebungen über Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit.

Der Einbruch des französischen Imperialismus in das Ruhrgebiet tritt, nachdem alle militärischen Maßnahmen infolge der glänzenden Haltung der Ruhrbevölkerung zusehender geworden sind, jetzt in sein zweites Stadium ein. Nachdem den französischen Gewaltpolitikern eingebläut worden ist, daß mit Bajonetten keine Kohlen zu fördern und mit Kanonen keine Reparationsleistungen zu schaffen sind, soll durch eine neue Blockade das Ziel erreicht werden. Wenn die Pressmeldungen der Wahrheit entsprechen, dann ist der Zolkordon, den die französischen Einbrecher zwecks Erzwingung ihrer Forderungen um das Ruhrgebiet legen wollen, schon geschlossen. Diese Abschneidung des wirtschaftlichen Herzens Deutschlands muß schwere Folgen für die gesamte deutsche Wirtschaft auslösen. Das erste Stadium dieser Folgen zeigt sich ja schon in der außerordentlichen Steigerung der Preise für den notwendigen Lebensbedarf, die erneute neue Lohnforderungen auslösen.

Die Steigerung der Löhne, noch viel mehr aber die Steigerung der Preise für Rohmaterialien, erzwingt eine ungeheure Vermehrung des Betriebskapitals, sollen die Betriebe in ihrer bisherigen Ausdehnung aufrecht erhalten werden. Da auch unabhängige Wirtschaftler in ihren Untersuchungen zu dem Ergebnis kommen, daß diese Betriebskapitalien auf längere Zeit nicht zu beschaffen sind, rechnen sie mit einer Einschränkung der Produktion.

Diese Einschränkung der Produktion infolge mangelnden Betriebskapitals wird noch verstärkt werden durch mangelnde Rohmaterialien infolge Abschneidung des Ruhrgebietes vom übrigen Deutschland. Selbst in den Industrien, die im Bezug notwendiger Rohmaterialien nicht vom Ruhrgebiet abhängig sind, wird durch die Einschränkung des Verkehrs ein Mangel an Rohmaterialien bemerkbar werden. Und daß eine Einschränkung des Verkehrs in ganz erheblichem Maße eintreten wird, deutet schon die Einschränkung des Personenverkehrs um 20 Prozent an. Die Folgen dieser Verkehrseinschränkung aber werden eine weitere Einschränkung der Produktion zur Folge haben.

Da zu erwarten steht, daß durch den Kampf ums Ruhrgebiet noch weitere wirtschaftliche Erschütterungen ausgelöst werden, ist es Pflicht unserer Verbandsleitung, sich eingehend um die sich daraus ergebenden Folgen zu kümmern, damit die notwendigen Maßnahmen getroffen werden können. In erster Linie gilt es Feststellungen über den Umfang der Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit zu machen. Diese Feststellungen sind für die Organisation von allergrößter Wichtigkeit! Deshalb hat der Verbandsvorstand Zählbogen an die Mitgliedschaften herausgegeben, die über den Stand der Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit am 2. Februar Auszufüll geben sollen. Außerordentlich wichtige Beschlüsse hängen von dieser Bestandsaufnahme ab. Es ist deshalb dringendes Erfordernis, daß diese statistische Aufnahme nicht nur genau erfolgt, sondern auch pünktlich an den Verbandsvorstand weitergegeben wird.

Die Kollegen werden hiermit aufgefordert, bei ihren Mitgliedschaften Rückfrage zu halten, ob der ausgefüllte Fragebogen auch rechtzeitig an die Verbandsleitung zurückgegeben worden ist. Die Notwendigkeit, solche Rückfrage zu halten, liegt leider durch die Saumseligkeit einiger Mitgliedschaftsverwaltungen vor. Es ist doch einfach ein Skandal, daß am 29. Januar noch 19 Mitgliedschaften mit ihrer Ende Dezember fälligen vierteljährlichen Berichterstattung (weiße und gelbe Karte) im Rückstand sind. Daß unter diesen Saumseligen eine Reihe Mitgliedschaften sind, die dem Verbandsvorstand gar nicht oft genug Mangel an Initiative vorwerfen können, macht die Unterlassungssünde nur noch blamabler. Mit diesem Zustande muß schnell und gründlich aufgeräumt und notwendige statistische Erhebungen müssen zur rechten Zeit eingeliefert werden. Wir hoffen, daß diese Mahnung nicht ungehört verhallt und der Zählbogen über den Stand der Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit vom 2. Februar 1923 schnell und richtig ausgefüllt bei der Zentrale eingeht, daß damit auch etwas anzufangen ist. Versagen die Mitgliedschaften in der Berichterstattung in dieser schweren Zeit, dann können wir uns begraben lassen. Denn die Aufnahme dieser Statistik, die sehr wahrscheinlich periodisch erfolgen muß, ist von allergrößter Wichtigkeit.

Brief aus Brasilien.

Da es euch interessiert und das Ausland, besonders Brasilien, als das Land der Verheißung betrachtet wird, und ich als Auskunftsleiter so mit Zuschriften bedacht werde, nicht nur vom Heimatland, bitte ich folgendes aufmerksam zu lesen. Brasilien ist an Bodenfläche fast so groß wie ganz Europa (Br. 8 468 950 qkm, F. 9 723 000 Quadratkilometer). Es wurden bei der letzten

Volkszählung etwa 30 000 000 Einwohner gezählt, während Europa rund 400 900 000 ernährt.

Brasilien ist fast reiner Agrarstaat, das heißt: wenig Industrie. Baut Reis, Kaffee, Tabak, Baumwolle usw., hat mächtige Viehzucht und führt fast alle erzeugten Güter roh aus, verarbeitet sie also nicht, (etwas Textilindustrie durch den Krieg für Eigenbedarf hervorgerufen, abgerechnet). Damit ist schon für den Denkenden alles gesagt: Nur ein Rohstoffe verarbeitendes Land, wie zum Beispiel Deutschland, und eine hochentwickelte Industrie, und nur diese ist es, die der Lithographie, durch Reklame, Etiketten und dergleichen tausenderlei nötigen Drucksachen, die die Kaufmannschaft braucht, beschäftigt und Nahrung gibt. So wird es den deutschen Kollegen rätselhaft sein, daß eine Riesenstadt wie Rio de Janeiro, mit über 2 000 000 Einwohnern, kaum so viel lithographisches Personal und Steindruckmaschinen beschäftigt wie vielleicht eine große Berliner Firma, und doch ist es so: Ein Dutzend kleinere Firmen mit 1 bis 6 Maschinen, das ist die ganze Herrlichkeit. In Sao Paulo mit seinen etwa 600 000 Einwohnern als zweitgrößte Stadt, die bestentwickelte industrielle Stadt Brasiliens, laufen nicht mehr wie einige Dutzend Maschinen.

Pernambuco als dritte, und Bahia, hat nur kleine Buden; Porá ganz oben am Amazonas gelegen, hat 1 Geschäft, gut eingerichtet mit 6 laufenden Maschinen. Das sind ungezählt die größten brasilianischen Städte. Zu erwähnen wäre noch Juiz de Fora (Estado de Minas) mit 2 oder 3 kleineren Firmen.

Alle diese Städte sind Küstenstädte, (außer Juiz de Fora), und Sao Paulo hat seinen Hafen in Santos. Die Küste streckt sich nun einige tausend Kilometer in die Länge. Wer da seinen Arbeitsplatz freiwillig oder unfreiwillig wechselt, muß eine Meertahrt machen, denn Eisenbahnen vom Norden nach dem Süden sind Träume, die in Wirklichkeit umzusetzen schon Millionen gekostet, aber vor Inangriffnahme in unergründliche Taschen verschwunden sind.

So kommen wir zur Beantwortung der Frage, welche Arbeitsgelegenheit, das ist für uns jünger Senefelders doch die Hauptfrage, bietet den auswandernden Kollegen Brasilien? Nach dem oben Gesagten klar: herzlich wenig. Wie auch wohl für alle sonstigen gelernten Handwerker.

Für Landsleute, die Landwirtschaft verstehen und genügend Energie haben, Urwälder zu roden, wozu um selbständig zu werden wiederum Geld gehört, gibt es genügend Arbeit, aber für die schreibe ich ja nicht, das ist ein dunkles Kapitel für sich.

Unser Gewerbe ist nur bei hochentwickelter Industrie denkbar und die teilt hier. Auch die uns gezahlten Löhne sind nicht hoch, können sich mit denen, die unsere nordamerikanischen Dollar-kollegen bekommen, nicht entfernt messen. Es sollte bekannt sein, daß die Firma Hartmann & Reichenbach in Sao Paulo vor dem Kriege eine Agentur in Deutschland hatte, welche immer für Kollegen-Nachschub sorgte. Sie zahlte 300 Milreis monatlich, (1 Milreis = 1,30 Goldmark vor dem Kriege). Von dieser Firma, die freie Zwischendeckungsbezahlte, stammen die vielen Kollegen, die jetzt noch in Brasilien verstreut sind. Heute üben unsere Kunst die von uns angelernten Italiener und B. a. i. n. e. r. aus, und da die Kundschaft nicht ganz so anspruchsvoll ist wie in Deutschland, da geht das auch ohne uns. Sind die andern doch billiger und nicht so eigenwillig.

Durch den Weltkrieg ist es nicht nur in Europa teurer geworden, auch hier in dem ewigen Sonnenlande sind die Brote so winzig geworden, daß man solche kleine Hände, bei den doch sonst robust gebauten portugiesischen Bäckern nicht für möglich halten sollte.

Brasilianischer Zucker ist billiger in Europa zu haben, wie hier, wo er gebaut wird. Das Billigste ist immer noch der Tabak; so kann man wenigstens noch einer Leidenschaft ungehemmt fröhnen.

Nun zum Klima: Hier in Porá, am Amazonasstrom, dicht beim Äquator, ist es sehr heiß, besonders sehr schwül; ähnlich wie ein heißer Augusttag in Deutschland mit Gewitterstimmung. Gleichmäßig fast das ganze Jahr hindurch, gewöhnt sich eine kräftige Natur bald daran.

Von Porá hinunter bis Rio de Janeiro habe ich keinen großen Unterschied wahrgenommen, während in Sao Paulo, 600 Meter über dem Meere liegend, es manchmal reißt über Nacht.

Dieses Tropenklima eignet sich wenig für Europäer. Darum gehen fast alle Auswanderer nach dem Süden Brasiliens, unterhalb Rios. Die Staaten Rio Grande do Sul, Paraná wie Santa Catharina beherbergen die deutschen Kolonien. Aber da ist für unsere Kunst kein Markt. Nur Ackerbau und Viehzucht. Die Sprache ist portugiesisch und wird von unseren Landsleuten nur schwer erlernt. Da die hiesigen lithographischen Anstalten von Deutschen gegründet oder früher geleitet wurden, so war das Portugiesische nicht so unbedingt notwendig wie heute. Da der Krieg aber die deutschen Firmen liquidiert hat und sie sich fast durchgängig in brasilianischen Händen befinden, ist schon eine Kenntnis der Landessprache notwendig geworden, will man nicht gänzlich Ausbeutungsobjekt dieser Herren werden.

Wer also Verzicht leisten kann auf Musik und Theater und bekommt ein Angebot, sagen wir mal

auf 500 Milreis monatlich, der komme nur her. Krankenkassen oder irgend welchen Arbeiterschutz oder Vereinigung gibt es hier nicht, hier steht jeder auf sich selbst. Darum rate ich nicht zu und nicht ab. Denen es gut geht schimpfen auf das „Affendland“, wie erst diejenigen, die nicht das ersehnte Gold von der Straße auflesen konnten, wie sie wählten und sehen mußten, daß in Brasilien mehr gearbeitet werden muß als in Deutschland.

Kam doch in Rio de Janeiro in mein Atelier ein frisch ausgeschiffter Verbandskollege. Noch mit Kriegsgamaschen angehen und offenem kragenlosem Hemde, wie aus dem Schützengraben heraus. Hielt mir sein Verbandsbuch hin um Reiseunterstützung zu erheben. Er schien nicht mittellos, er wollte nur sein Recht haben.

Es dauerte lange ihn zu überzeugen, daß ich keine Kasse für Übersee hätte. Er schimpfte, der Kassierer in — Sachsen hätte ihn das gesagt. Gab ihm — einige Adressen mit von Firmen und sagte ihm den zu verlangenden Lohn. Ne, sagte er mir den anderen Tag, wenn ich das gewußt hätte, daß ich in Deutschland, umgerechnet, mindestens ebensoviel verdienen (1921) wäre ich nicht hier hergekommen, da gehe ich lieber zu meinem Schwager, der hat ein Stück Land im Innern. Ich habe nichts mehr von ihm gehört. Ein anderer schreibt mir: Bin 50 Jahre alt, ob Sie mir abraten oder nicht, ich fahre mit dem nächsten Schiff, wenn ich Passage erhalte, nach Brasilien. Ob der Kollege angekommen ist entzieht sich meiner Kenntnis. Alles abraten nützt nichts. Und das tue ich auch nicht. Immer her kommen. Aber nicht jammern; immer den Kopf hoch. Unsere Landsleute hefen hier niemand. Wenn die Verzweiflung und der Kummer zu groß werden und es reicht noch für Passage und versteht sein Geschäft, da wird er schon nicht umkommen.

Der Brasilianer hat keine Feindschaft mehr mit den Deutschen, im Gegenteil. Der Deutsche ist ein guter Arbeiter und wer könnte uns wohl ersetzen?

Ich bin jetzt 10 Jahre hier. Wenn es auch durch den Krieg und die infamen „listras negras“ (schwarzen Listen) manchmal trübe aussah, so waren trotz alledem die Deutschen nicht unterzukriegen und schwimmen heute wieder oben.

Arbeiten und nicht verzweifeln, unser ist doch die Zukunft, trotz alledem und alledem. Und nie vergessen, daß wir Deutsche sind. A. Niemeyer.

Polen.

In letzter Zeit mehren sich die Anfragen der stellungsuchenden Kollegen über die hiesigen Verhältnisse. Vielen Kollegen kann keine Auskunft gegeben werden, weil über Polen Anfragen ohne Verbandsstempel in den Papierkorb wandern. Auch bei ordnungsgemäßen Anfragen über Orte wie Warschau, Lodz, Lemberg, Krakau usw. tritt leider eine Verzögerung in der Auskunft ein, da diese Anfragen erst nach diesen Orten gesandt und von dort die Auskunft gegeben werden muß. Denn ein ungleichartig gleichmäßiger Lohn ist in Polen infolge der unterschiedlichen und sich schnell verändernden Verhältnisse nicht vorhanden.

Vielen jüngeren Kollegen muß besonders der Vorwurf gemacht werden, daß sie denselben Lohn bei Engagementsverhandlungen wegen einer Stellung in Polen verlangen, wie sie ihn in Deutschland beziehen. Den hiesigen Unternehmern ist es nur recht, die Kollegen zu solchen Löhnen einstellen zu können, denn dann haben sie die Möglichkeit, die hiesigen Löhne, welche wir erst nach mehrwöchigem Streik erringen konnten, wieder zu drücken.

Nun noch einiges über die Verhältnisse in Polen. Für die graphischen Arbeiter gibt es nur eine gewerkschaftliche Organisation. Buchdrucker, Buchbinder, Hilfsarbeiter und die übrigen graphischen Brute sind in einem Verband zusammengeschlossen. Parteierichtungen haben nicht den geringsten Einfluß.

Die Lebensverhältnisse sind am 23. Januar 1923 folgende:

Fleisch kostet 3000 bis 4000 Mark, Brot, 3/4 Pfund, 2000 Mark, Butter 4500 Mark, Eier, Stück 220 Mark, Kohlen, Zentner 9000 Mark, Schuhe 80 000 Mark, Anzug 200 000 bis 350 000 Mark. Der Durchschnittslohn in Posen beträgt 90 000 Mark pro Woche, in Warschau 120 000 Mark, in Krakau 110 000 Mark. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 46 Stunden. Feiertage werden bezahlt. Ferien sind gesetzlich geregelt und müssen gewährt werden: bei 1 jähriger Tätigkeit 8 Tage, nach 3 jähriger Tätigkeit 14 Tage.

Wie in Deutschland steigen die Preise täglich. Die monatlich stattfindende Regulierung der Löhne bringt jedoch keinen Ausgleich. Auch bei uns hält das Steigen der Löhne nicht gleichen Schritt mit dem Steigen der Preise, so daß die Lebenslage der Kollegen immer schlechter wird.

Jeder Kollege mag aus dieser kurzen Mitteilung ersehen, daß auch hier die Verhältnisse nicht die besten sind. Eine allzu freundliche Aufnahme wird dem Deutschen hier nicht bereitet, da noch ein wenig Fremdenhaß besteht. Ich warne deshalb jeden Kollegen ohne Auskunft nach hier zu kommen. Gebehalter hat er Aussicht, als lästiger Ausländer bald wieder abreisen zu können. Zum Schluß bemerke ich noch, daß die Drucker in Krakau seit 12 Wochen im Streik stehen.

H. V., Poznan.

Der Lithograph.

Wiener Modezeichner.

Wien, Berlin und Paris sind die Städte der Damen, hier werden jene weltbewegenden Dinge geschaffen, ohne die eine „Dame“ nicht sein kann. Die Führung hat unbestritten Paris. All die Anstrengungen während des Krieges, eine deutsche Mode zu schaffen, sind das geworden, was von vornherein zu sehen war — nichts! Es gibt eben nur eine internationale gesellschaftliche Damen- und Herrenmode! Eine Mode, die den Hauptzweck verfolgt, die Besitzenden von den anderen zu scheiden. Denn Kleider machen Leute, und so ist es vor allem wichtig, sofort zu sehen, ob jemand Besitz (Geld) hat, was durch seine neueste Aufmachung (Mode) dargestellt wird und erst dann kommt eventuell seine nationale Zugehörigkeit. Auch bei dieser gesellschaftlichen Erscheinung kann man die tiefe Kluft zwischen reich und arm beobachten.

Paris ist also führende Stadt. Was dort von Modezeichnern gearbeitet wird, ist uns Deutschen leider nicht genügend bekannt. Die deutschen Verhältnisse sind wiederholt an dieser Stelle behandelt worden. Heute soll nun einiges über Wien mitgeteilt werden.

Vor dem Kriege waren es zwei Firmen, die Weltzut besaßen: Chic Parisien (Bachwitz) und Grand Chic (Finkelstein). Von letzterer Firma war zweimal in der Graphischen Presse zu lesen, Nr. 52, 1913, und Nr. 19, 1914. Beide Notizen hatten die Überschrift „Societe Graphique“ und behandelten jene eigenartige Genossenschaft der Finkelsteinschen Modezeichner. Es zeigte sich, daß die leitenden Genossen genügenden Weitblick besaßen und die „Societe Graphique“ den Weltkrieg gut überstanden hatte. Die sozialen Wirren der Nachkriegszeit in Verbindung mit dem Lohnsystem führten dann die Genossenschaft an die Klippe. Der Forderung, entsprechend der Leistung bezahlt zu werden, wollten die Genossenschafter nicht zustimmen, so daß durch Abmarsch der besten Kräfte das blühende Unternehmen zusammenbrach.

Heute besteht also noch Bachwitz mit 50 bis 60 Zeichnern, dann die Splitter der Genossenschaft (Societe Graphique) in 4 Gruppen mit je 10 bis 12 Zeichnern. Ein anderer Teil ist vom Beruf abgegangen oder pfuscht noch nebenbei. In Wien wird ja auch für Berlin und Frankfurt gearbeitet. Die außerdeutschen Städte interessieren hier nicht so stark.

Die Lohnverhältnisse können in einer so allgemeinen Betrachtung nicht gewürdigt werden. Aus dem Arbeitsverhältnis seien erwähnt die Ferien mit 3 bis 5 Wochen und die Weihnachtsgeschenke. Jedoch führen die Wiener Kollegen lebhaft Klage, daß sie von den schweren Gewinnen der Verleger so wenig abbekommen. Dieses Kapitel ist auch uns ziemlich geläufig. Auch bei uns in Deutschland sträubt man sich mit Händen und Füßen über Tarif zu zahlen, wobei den Kollegen zu sagen ist, daß jeder es so bekommt, wie er es durch Haltung und Handeln verdient.

Der Steindrucker.

Die andere Seite der Lithographenhilfe.

Die tariflichen Schutzbestimmungen für Lithographen erschöpften sich jedoch nicht in der Kontrolle der von außerhalb kommenden Lithographien. Diese Kontrolle der außerhalb des Hauses getätigten Lithographien daraufhin, ob der ausführende Privatlithograph in die Liste der tariftreuen Privatlithographen eingetragen ist und seine Ausweiskarte besitzt, ist nur der Anfang der Kontrolle zum Schutze der in den Betrieben sitzenden Lithographen. Diese Kontrolle ist die Voraussetzung, nicht die Schlussmaßnahme des gewollten tariflichen Schutzes. Als Voraussetzung ist sie aber Erfordernis alles weiteren und Grundbedingung wirksamen Lithographenschutzes.

Aber damit allein ist den tariflichen Schutzbestimmungen für Lithographen nicht Genüge getan. Der Kontrolle, wo die betriebsfremden Lithographien hergestellt worden sind, muß die Kontrolle zur Seite gestellt werden, unter welchen Bedingungen diese Lithographien hergestellt wurden. Anders wäre die Kontrolle auch nur halb. Und der Tarif bietet auch hierzu die rechtliche Unterlage. Denn nach den tariflichen Bestimmungen sollen nur solche Privatlithographen Arbeit von tariftreuen Firmen erhalten, die den Tarif anerkennen und befolgen. Es kommt also nicht allein auf die Anerkennung, sondern vielmehr auf die Befolgung an. Den Tarif aber befolgen heißt doch nichts anderes, als die tariflich festgelegten Bestimmungen zur Grundlage der Kalkulation wie zur Herstellung der Arbeit zu nehmen. Sind solche Bestimmungen erlassen, dann ist auch die Kontrolle, ob diese Bestimmungen beachtet werden, selbstverständlich. Und da der Vertrag die Unterschrift zweier Kontrahenten trägt, sind auch die

beiden Kontrahenten berechtigt, diese Kontrolle auszuüben.

Diese Kontrolle, ob betriebsfremde Lithographien unter Beachtung der tariflichen Bestimmungen kalkuliert und auch getätigt worden sind, kommt in erster Linie den Lithographen selbst zu. Warum, dürfte den Steindruckerkollegen nicht erst lang und breit auseinandergesetzt zu werden brauchen. Aber angebracht dürfte sein zu bemerken, daß besonders die Kalkulation von Lithographien immerhin mit einigen Schwierigkeiten verbunden ist. Deshalb ist auch den Lithographen mit aller Deutlichkeit schon gesagt worden, daß diese Seite der Kontrolle ihnen in aller erster Linie zufällt.

Aber diese Kontrolle wird den Lithographen in allen Fällen nicht möglich sein auszuüben, weil eine Reihe Anstalten Lithographen nicht beschäftigen. Wo dieser Fall zu verzeichnen ist, müssen die Steindrucker auch noch diese Arbeit auf ihre Schultern laden. In Zweifelsfällen wird sich schon die Möglichkeit schaffen lassen, eine gerechte Beurteilung zu garantieren. Fachleute werden sich jedenfalls jederzeit gern zur Verfügung stellen wenn es gilt, das Gewerbe der Gesundheit entgegenzuführen.

Sicherlich ist es nicht wenig, was die Lithographen von den Steindruckerkollegen verlangen, und ehe die tariflichen Bestimmungen zur allgemeinen Beachtung gebracht worden sind, wird noch mancher Widerstand überwunden werden müssen. Aber die Lithographen in den Betrieben haben berechtigten Anspruch, die Hilfe der Steindrucker in dieser Weise in Anspruch zu nehmen. Nicht nur aus Gründen der Solidarität, sondern auch in Anerkennung des Wortes, daß der Starke den Schwachen helfen muß. Und die Steindrucker sind, vom wirtschaftlichen wie vom gewerblichen Standpunkt aus betrachtet, die Stärkeren. Weiteres darüber, warum das so ist, dürfte nicht gesagt zu werden brauchen. Es ist so und leidet deshalb den berechtigten Schluß ab, daß die Lithographen die Hilfe der Steindrucker fordern.

Diesem Bestreben, die Lithographen in den Betrieben entsprechend zu schützen, kommt noch ein Umstand zugute, den zu verschweigen nicht am Platze ist. Auch in den Kreisen der Privatlithographen hat sich die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß es so wie bisher nicht mehr weiter gehen kann. Der einsichtige Teil der Privatlithographen hat ebenfalls verspürt, daß der Kampf aller gegen alle niemand nützt, sondern der Gesamtheit schadet. Der Ausfluß dieser Erkenntnis sind Bestrebungen zur organisatorischen Erlassung der Privatlithographen, um den Übeln zuweilen rücken zu können. Der vor einiger Zeit gegründete Verband selbständiger Lithographen und Gebrauchsgraphiker Deutschlands vertritt durchaus gesunde Grundsätze. Näheres darüber wurde in dem Artikel „Der Verband der selbständigen Lithographen“ in Nummer 1 der „Graphischen Presse“ vom 5. Januar gesagt. Es sei deshalb nur hervorgehoben, daß dieser Verband die Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs und Unterbindung der Schleuderangebote durch eine eingehende Unterweisung seiner Mitglieder in Kalkulation zu erzielen sucht. Ebenso ist von Bedeutung, daß die organisierten Privatlithographen es ablehnen, sich als Konkurrenz gegenüber den in den Betrieben sitzenden Lithographen gebrauchen zu lassen. Sie wünschen vielmehr mit den Gehilfen, daß die Lithographie sich wieder die Schätzung erobert, die sie infolge ihres notwendigen Könnens beanspruchen kann. Leicht wird das nicht sein, aber wenn alle Kräfte gemeinsam einem Ziele zustreben, müßte es mit dem Teufel zugehen, wenn dieses Ziel nicht zu erreichen wäre.

Ehe dieses Ziel jedoch erreicht werden kann gilt es, die tariflichen Bestimmungen in Wirksamkeit zu setzen. Die Durchführung der tariflichen Bestimmungen ist aber nicht nur Sache der Lithographen. Im Gegenteil fällt den Steindruckern als den weitaus stärkeren Teil die Hauptlast dieser Arbeit zu. Solien die tariflichen Rechte der Lithographen in den Betrieben nicht mehr und mehr schwinden, dann müssen die Steindrucker auch hier ihre Kräfte einsetzen. Es gilt deshalb zunächst, betriebsfremde Lithographien auf ihre Herkunft zu prüfen und festzustellen, ob sie unter tariflichen Bedingungen getätigt sind. Lithographien von nicht in der Liste eingetragenen Privatlithographen haben in tariftreuen Steindruckereien nichts mehr zu suchen! Daneben liegt es in unserem Interesse, die Bestrebungen des Verbandes selbständiger Lithographen und Gebrauchsgraphiker zu fördern.

Photogr. Mitarbeiter.

Noch immer keine Einsicht?

In Nummer 2 der „Graphischen Presse“ haben wir darauf hingewiesen, daß das Photographieren immer mehr zu einem Luxus für die große Masse des Publikums wird und daß deshalb von den Prinzipalen auch der Mut aufgebracht werden muß, der Geldentwertung angemessener Preise zu fordern. In der Chronik vom 26. Januar, Nummer 4, ist die Richtpreislise Nummer 8 des Zentralverbandes erschienen mit den Multi-

plikatoren 800 bis 700 und 600. Außerdem erscheint zum ersten Male eine Zuschlagsliste für individuelle künstlerische Arbeiten mit 50 Prozent Zuschlag für Albumin-, 200 Prozent für Kohle-, 250 Prozent für Gummi- und 300 Prozent Zuschlag für Bromdruck. Auch der Photograph bringt unterm gleichen Datum eine ebenfalls erweiterte neue Richtpreislise ohne Multiplikator. Man ersieht hieraus, daß eine Anpassung an die rapide Geldentwertung für notwendig gehalten wird. Aber es wird noch vielach geklagt, daß die Herren trotz aller Beschlüsse diese Richtpreise nicht einhalten. Selbst in der Domäne des Herrn Arnold, wie aus einem Bericht der Chronik aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet hervorgeht, halten die Herren diese Preise nicht. Sonst könnte man nicht wie folgt klagen: „Weit bedrohlicher... ist das Durchbrechen gemeinsamer Beschlüsse durch k.einnütige Kollegen, die es nicht über sich bringen können, einige Tage-reisen hinter den üblichen Preisen nachzuhinken.“ In einem anderen Bericht aus demselben Gebiet heißt es sogar: „Selbst die in den nächsten Tagen einberufene Ortsgruppenversammlung, worin wir den Schleudern ihr sinnloses Gebahren vor Augen halten werden, wird daran nicht viel ändern.“

Also eine ordentliche Kopfwäsche wird diesen Herren prophezeit. Man würde gern schärfere Mittel anwenden, wenn man solche zur Verfügung hätte. Wiederholt sind in den Fachzeitschriften solche Schleuderer namentlich genannt worden.

Wie aber ertrüsten sich dieselben Herren, wenn die Gehilfenschaft gegen ihre Schmutzkonkurrenten ebenfalls entsprechende Mittel anwendet, um eine bessere Lebenshaltung zu erreichen. Hören wir irgendwo, daß die Prinzipale mit derselben Schnelligkeit wie sie ihre Richtpreise steigern, auch die Löhne der Gehilfenschaft steigern?

Mit denselben Mitteln, wie die Gehilfenschaft es schon seit Jahrzehnten versucht hat, arbeiten heute die Prinzipale. Ob sie nun nicht endlich doch zur Einsicht kommen, daß das verlangte größere Mitbestimmungsrecht der Gehilfen bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen berechtigt ist, und daß die Lohnrücker, seien es Prinzipale oder Gehilfen, genau so rangiert werden müssen, wie diejenigen, welche die Richtpreise nicht einhalten. In den führenden Kreisen der Prinzipale im Zentralverband sollte man doch endlich sich der Logik dieser Dinge nicht verschließen.

Feuilleton.

Schriftbegabter Nachwuchs.

Der Raum unserer „Graphischen Presse“ wird heute notwendigerweise vom Anspruch realer Faktoren beherrscht und kann darum für Sachen theoretisch-idealer Art verhältnismäßig wenig Raum übrig bleiben. Das ist erklärlich in einer Zeit, wo überall die Sorge um das unumgänglich Materielle fast alle Kräfte aufzuzehren droht. Wo aber das letzte Fünkchen Mut nicht wiederum an Geistig-Idealem sich entzündet, da stirbt gar bald auch jeder Rest seelischer Kraft, um gegen die Not anzukämpfen. Die gegenwärtige Interesslosigkeit weiter Volksschichten legt bederes Zeugnis dafür ab. Ideale Dinge, Imponderabilien, deren Werte nicht abzuwägen sind, sie nützen jedoch ebenso der Lebenserhaltung, des inneren und äußeren Werdeprozesses. Im Sonnenlicht geistig-idealer Regungen und Strebungen treiben kaum sichtbare Sproßlinge von Zukünftigem zur Blüte des beginnend werdenden und fördern so wiederum praktisch-erkennbare Daseinskräfte.

Es sei darum im Folgenden neben dem Unumgänglichen und Notwendigen, neben der ernsthaft-gründlichen Wissenschaftlichkeit unseres gereiften Gewerkschaft-Schrifttums auch jener jugendfrischen, impulsiven Art von Äußerungen in der fast unangekündigten Form erst schriftflügge geworden junger Kollegen das Wort geredet. Denn es gibt außer dem Wissens- und Erfahrungsgemäßen auch naturhaft ans Licht drängende Keimkräfte, triebhaft-feinwürzeligen Zukunftswechsel-Idealismus, der in gehaltenen Bahnen zu seinem Teil auch sein Gutes hat und neue Anregungen gibt; sei es in der politischen Arena, den Stier bei den Hörnern zu nehmen oder den Kampf mit dem Berufsdrachen zu führen. Aus jugendlichen Kreisen rekrutieren sich meist jene draufgängerischen Versammlungs-, Verbands- und Pressekritiker, die sich noch zu keinem bestimmten Gebiet durchdrängen, bzw. überall mitreden und ihren Fähigkeiten glauben schaumschlagende Luft machen zu müssen. Unter ihnen wäre manchem anzuraten, mitunter seine innere Sprengluft nach bestimmten Regeln der Logik und innerhalb unserer selbstgeschaffenen Verbandsgesetze in gründlich durchdachte Geistesarbeit umzumünden und schriftlich niederzulegen. Solche Schriftversuche — auch wenn sie nicht zur Einsendung bzw. Drucklegung kämen — sind eine gute Schule für die Erfordernisse streng logischen Denkens überhaupt, indem man so das gedanklich Fixierte mehrere Male durchdenken und korrigieren kann,

was beim Reden nicht möglich ist, daher es kommt, daß vielfach Versammlungsredner ihre Denkfähigkeit gar nicht merken und im Überschwang politischer und sonstiger Begeisterung die kuriossten logischen Bocksprünge machen.

So wäre es vielleicht angebracht, latente Schriftsteller-talente zu wecken und unproduktive Genies auf den Sprung zu helfen. Sich genug selbständig Fühlende mögen unbeschadet dieser Weisungen vorgehen, weniger Sichere wird es vielleicht nützen. Zunächst: Der Nebenberuf des Artiklers hat seine heiteren Licht- wie auch seine schweren Schattenseiten. Letztere, bis die Übungen zu einem annehmbaren Stil geführt, und schließlich, bis man auf der Redaktion angenommen wird; dann aber erheilt sonnigste Heiterkeit den künftigen Lebensweg.

Also, talentierter junger Kollege, du nimmst dir ein Thema vor, das schon lange zentnerschwer dein Herz bedrückt bzw. erheitert und reckst zunächst im Schöpferdrang deine Fittiche. Als dann setzt dich auf deinen Hosenrund und ziehe deine Denkerstirn in respektable Falten: ein Druck ins Tintenfaß — und deine Gedanken fließen dir von der Leber in die Feder aufs Papier. So du bemerkst, daß du, am Federhalter kauend, nur unter saurem Fleiß und üblem Schweiß stückweise aus der Brust deine Arbeit herauspressen mußt, höre lieber auf, denn dieses wird deinen Lesern nicht frommen, vorausgesetzt, daß du an der Redaktion wirst angenommen. Wir wollen aber das Letztere hoffen und fahren deshalb mit den Weisungen fort. Halte sparsam Haus mit Angesehenem, Ungewertertem, betrete nicht symbolische Gedankengänge oder gar das Labyrinth unentwirrbarer Ideenassoziationen. Entwickle vielmehr auf porfündem Wissen eigene Gedanken. Sehe zu, daß du so viel wie möglich von letzterer Sorte aufbringst. Nichts ist betrüblicher und schadet dem Ansehen eines Autors, ein und denselben Gedanken fünfzehnmal zu drehen und durchzukneten, wie der Bäcker den Nudelteig. Allenfalls älteren, ausgeschriebenen Artikeln läßt man es noch durchgehen, eine List, um zu zeigen, wie nötig ein gesunder Nachwuchs ist.

Fremdwörter setze in bestes Deutsches. Du kannst nicht verlangen, daß der geneigte Leser dir zu Liebe ein vierpfündiges Lexikon (entlöstes Buch mit sieben Siegeln) anschafft. Abstraktes (im Athur, das ist Weltluft schwimmendes) vermeide; Symbolisches (Hirnhilfliches) verdeutliche. Zitate (Hitzinnige Bruchstücke) nehmen sich wie Rosinen im Kuchen aus, je zäher und klumpiger dein Kuchenteig, desto mehr streue Rosinen. Die leicht erkennbaren von Schiller und Goethe setze in Anführungszeichen, andere — sei nicht dumm — kürze an Haupt und Glieder; man erkennt sie so nicht wieder und betrachtet als dein Eigentum. Solche aus dem Sowjetlande, duldet man nicht im Verbands, was Lenin dort dekretiert, wird hier einfach konfiszieren (dekretiert: mit dem Zeigefinger faustrechtlich; konfiszieren: geistig abschachten). Des weiteren, traktiere (Fußritze) nicht das Sprachgefühl, formuliere und konstruiere

nicht zu viel, das heißt baue nicht in langen Satzgefügen, schreibe einfach in den Zügen, sinnvoll zwar, doch immer klar, nicht zu wichtig in Gebärden und du wirst „volkstümlich“ werden.

Dann zu den Ausfällen: Wenn du zum Beispiel einen Feuilletonartikel über Ästhetik schreibst, wirst du mit Würze die Speise recht schmackhaft zurichten wollen; du denkst etwa: von deiner ästhetischen Feuilleton-Feste Pfeile voll hämischer giftiger Bemerkungen über deine mehr links oder rechts stehenden politischen Gegner auszuschießen. unter höhnischem Grinsen malst du dir die ergötlichsten Wirkungen aus: solches Tun ist aber Hinterlist und darum nicht erlaubt dem Christ. Mache deshalb auch, von solcher Art keinen zu ausgiebigen Gebrauch. Im übrigen hast du sonst genug der Genugtuung. Lasse dich aber nicht zu Größenwahn verleiten; diese Gefahr besteht für junge Anfänger wie für alte. Freue dich vielmehr im stillen, daß Hunderte und Tausende dein Geistesprodukt wenigstens vorgesetzt bekommen. Deine persönlichen oder geistigen Widersacher werden sich zwar grün und blau ärgern ob dem „Mist“, dem „Ochsenfutter“, „Lämmersüppchen“, oder wie sie sonst dein ideales Gerücht zu nennen belieben; sie werfen es wegz oder benützen es gar zu profanen Zwecken; das braucht dich aber in deinem berechtigten Stolz nicht anzufechten oder abschrecken.

Zu'etzt noch den Schreiberlohn, Geistige heißen es Honorar. Du hast es sicherlich sauer und redlich verdient. Vergiß aber nicht, dieses Nebeneinkommen bei Heller und Pfennig der Steuerbehörde zu votieren. Denn deine, wenn auch zehnmal berechnigte Meinung, daß dein verusgabtes Hirnschmalz — bei dem heutigen Schmalzpreis — mit dem Honorar noch nicht zu einem Zehntel gedeckt sei, flücht, da Hirnschmalz bei jeder Staatsbehörde ein völlig unbekannter Artikel, keinen Anklang. Und so berappe pflichtlichst — ohne Handel — von deinem Honorare auch das Zehntel; heft — ohne bösen scheelen Blick — so zum Bestand der deutschen Republik.

Ad. Blum.

Bücherbesprechung.

Arbeitszeit, Arbeitslohn und Arbeitsleistung. Der Kampf um den Achtstundentag ist in seinen entscheidenden Stadien getreten. Wie in anderen Ländern, so soll auch in Deutschland die Wirtschaftskrise der Anlaß zur Beseitigung des Achtstundentages sein. Deshalb ist es zu begrüßen, daß eine Schrift erschienen ist, in der die Frage des Achtstundentages von allen Seiten beleuchtet wird.

Arbeitszeit, Arbeitslohn und Arbeitsleistung. Tatsachen über die sozialpolitische und volkswirtschaftliche Bedeutung des Achtstundentages in Deutschland und dem Auslande, von Paul Hertz und Richard Seidel. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. B. H.

Berlin 1923. 168 Seiten, Preis 1600 Mark. Das ist die Schrift, die zusammenfassend alle Probleme behandelt. Sie ist keine Agitationsschrift. Ihr Wert besteht vielmehr in ihrer Sachlichkeit und ihren unantastbaren Tatsachen über die Wirkungen des Achtstundentages auf die deutsche Wirtschaft. An Hand der Tarifverträge und der sonstigen Praxis wird nachgewiesen, daß der „schematische Achtstundentag“, den die Unternehmer zu bekämpfen vorgeben, überhaupt nicht besteht. Außerdem wird in einem fast 40 Seiten umfassenden Kapitel, gestützt auf viele Einzeltatsachen, bewiesen, daß in der Industrie gegenwärtig die Leistungen der Vorkriegszeit in vielen Fällen überschritten worden sind, daß dasselbe in vollem Maße zutrifft für die Reichseisenbahn und daß auch im Bergbau teilweise die Arbeitsleistung gegenwärtig trotz der Verkürzung der Arbeitszeit höher ist als früher. Das reiche Tatsachenmaterial, das von den Verfassern wissenschaftlich ausgewertet worden ist, gab ihnen die Möglichkeit, alte bürgerliche Dogmen und Legenden über den Achtstundentag zu zerstören und die Erörterung des Problems des Achtstundentages auf eine neue, solide wissenschaftliche Grundlage zu stellen. Darüber hinaus enthält die Schrift wertvolle Ansätze zu einer wissenschaftlichen Untersuchung der Wandlungen der Struktur der deutschen Wirtschaft nach dem Kriege überhaupt.

Daß die günstigen Ergebnisse des Achtstundentages sich nicht überall ausgewirkt haben, wird auf die ungenügende Ernährung, die schlechten Wohnungsverhältnisse, die Unsicherheit der wirtschaftlichen und politischen Konjunktur und vor allem auf den gewaltigen Rückgang des Reallohnes zurückgeführt. Dieses Kapitel, das dem bei den bisherigen Erörterungen stark vernachlässigten Zusammenhang zwischen Arbeitszeit, Arbeitslohn und Arbeitsleistung zu seiner richtigen Bedeutung verhilft, gehört zu den besten Partien dieses wertvollen Buches.

Dasselbe gilt von den Darlegungen über den Achtstundentag und die Produktionsförderung. In diesem Kapitel, das der Auseinandersetzung mit all denjenigen dient, die die Produktionssteigerung abhängig wännen von der Beseitigung des Achtstundentages, wird der Nachweis geführt, daß vielmehr die Erhaltung des Achtstundentages eine Lebensnotwendigkeit für die deutsche Volkswirtschaft und die Voraussetzung für ihre künftige Entwicklung ist.

Wer die für die Schrift notwendige Anschaffungssumme erschwigen kann, sollte sie sein eigen nennen. Denn noch oft werden gerade die in diesem Buche behandelten Fragen Gegenstand erbitterten Kampfes mit den Unternehmern sein. In den Gewerkschaftsbüros halten wir die Schrift für unbedingt nötig.

Durchaus tüchtiger
ZINKDRUCKER,
auch für Stein, 36 Jahre alt, sucht Stellung in Berlin.
Lademann, Berlin W 30, Goltzstr. 45.

ITALIEN!
Die Società Anonima Industrie Grafiche Barabino & Graeve, Genua sucht zu baldigstem Eintritt:
2 Umdrucker für Merkantil für Stein und Zink
1 Umdrucker für Chromo " " " "
2 Offset- zugl. Flachdruckmaschinenmeister für Chromo und Merkantil.
Es wollen sich nur erstklassige, möglichst ledige Kräfte melden Freie Reise und gute Bezahlung.
Offl. Offerten möglichst mit Lichtbild erbittet der Beauftragte:
Gotthilf Längerer, Stuttgart, Seidenstraße 42.

Mehrere Holz- und Messingstecher
werden durch den Arbeitsnachweis gesucht.
W. Liegener, Berlin-Adlershof, Hoffmannstraße 17.

Erster Strichätzer,
in Naß und Trocken, absolut sicher arbeitend in sichere Dauerstellung gesucht.
Polygraphisch, Freiburg i. B., Wasserstrasse.

Gesucht zu baldigem Eintritt tüchtiger
Lichtdruck-Maschinenmeister
für Farbendruck.
Franz Hanfstaengl, München, Widenmayerstr. 18.

Gesucht zu baldigem Eintritt
tüchtiger Maschinenmeister f. Lichtdruck.
Franz Hanfstaengl, München, Widenmayerstr. 18.

Gebrüder Schopflocher, Fürth i. B. 6
Bronzearben- und Aluminiumpulver-Werke
Telegrammadresse: Fortuna Fürth/Bayern
Ordnungsmuster auf Wunsch
Spezialität: Fettfreie Lithobronzen „FORTUNA“

Verschiedenes
Graphische Fachklassen
Werksstätten für Stein-, Zink- u. Offsetdruck, Photomechanische Verfahren, Lithographie. Auskünfte durch d. Direktion der Kunstgewerbeschule in **Barmen**

Zinkdruckplattenfabrik G. H.
Berlin SO116, Köpenicker Str. 40/41
Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr 15440
liefert

Zinkdruckplatte für Lithographie und Offset, sowie sämtliche Materialien für d. Zinkdruck. Des ferneren Schleifen und Körnen gebrauchter Zinkplatten.

Das Tauschieren und Ätzen der Metalle
Preis 500.- Mark inkl. Porto und Nachnahme
Verlag Conrad Müller, Schkeuditz.

BILDER
in allen Manieren, alte und neue, besonders Schönheits- und Frauenbilder usw. gesucht. Offerten erbeten an
Emil Kermes, Leipzig, Kronprinzstr. 66, IV.

Künstler!
Gebrauchsgraphik, ca. 50 Bl. gesamt. Gipkens, Bernhard, Pfeffer, Leni usw., viel farbig. Seemann und Jugend, Vierfarbendrucke I. Meister, Thoma, Segani, Hodler, Eriel, Uhde, Grünwald n. a. Plakette, Inselmanische, Dederichs und div. Bücher, antiquarisch. Exlibrismappe von Geißler, Schwarzweißblätter von Siewers. Verzeichnisse sende.
H. Weise, Barmen, Werlestr. 48.

Leicht wird der Zinkdruck wenn Sie Zinkdruckplatten von Karl Mess G. H. verwenden
BERLIN SO-36, Wienerstr. 50.
FERNRUUF MORITZPLATZ 122A9

Verbandsnachrichten
Um Adressenangabe des Chemigraphen
Julius Bissing
aus Stuttgart wird gebeten, da derselbe Verpflichtungen gegenüber unserer Zahlstelle hat.
Wilh. Baues, Vorsitzender der Zahlstelle
M.-Gladbach-Neuwerk, Hovenstraße 114